

stillgelegte Güterverkehr auf der Odenwaldbahn könnte nach einem zweigleisigen Ausbau wieder belebt werden. Ein einziger Güterzug ersetzt bis zu 50 LKW.

Wir setzen uns ein für

- bezahlbare Mobilität für alle und eine Entwicklung hin zum Nulltarif,
- mehr Busse und Bahnverbindungen.
- Ausbau von Anrufsammeltaxen und Rufbussen in ländlichen Regionen.
- ein günstiges Jobticket.
- sichere Fahrradwege.

#### **Gesundheitliche Versorgung sicherstellen**

In Darmstadt-Dieburg schließen immer mehr Arztpraxen, weil sich keine Nachfolge mehr findet, wenn Ärztinnen und Ärzte in den Ruhestand gehen. Das bedeutet vor allem für Kassenpatient\_innen immer längere Wartezeiten auf einen Termin und sehr lange Anfahrtswege. Unser großer Flächenkreis ist davon besonders betroffen. Diese Entwicklung ist auch bei der hausärztlichen Versorgung zu beobachten.

Dazu kommen die Pläne, die beiden Krankenhäuser in Bensheim und Lindenfels zu schließen. Das hat Auswirkungen auf viele Menschen bei uns im Kreis, zum einen als Patient\_innen, zum anderen als Arbeitnehmer\_innen in den Kliniken. Was die Ärztinnen und Ärzte brauchen, sind attraktive Angebote des Kreises, sich im ländlichen Raum niederzulassen. Was die Patientinnen und Patienten brauchen, sind kurze Wege. Das Netz der medizinischen Versorgung in unserem Landkreis muss verbessert werden.

Wir, DIE LINKE im Landkreis Darmstadt-Dieburg, setzen uns ein für

- den Erhalt der bestehenden Krankenhäuser.
- gegen Privatisierung der medizinischen Versorgung.
- für den Aufbau von mehr medizinischen Versorgungszentren mit günstigen Startbedingungen für junge Ärztinnen und Ärzte.

#### **Auch Flüchtlinge brauchen anständige Wohnmöglichkeiten**

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg leben zurzeit etwa 2500 Flüchtlinge. Nur die wenigsten wohnen in den eigenen vier Wänden. Die meisten sind in Sammelunterkünften untergebracht. Dies kann aus unserer Sicht verbessert werden. Wir fordern den Landkreis und hier insbesondere das Amt für Zuwanderung und Flüchtlinge auf, mehr Kraft in die Vermittlung von privatem Wohnraum zu investieren. Wir brauchen eine offensive Informationspolitik für die Vermieter\_innen, unter welchen Bedingungen sie Flüchtlingen Wohnraum geben können.

Der soziale Wohnungsbau muss zu einem Hauptthema für den Landkreis gemacht werden. Wir brauchen dringend neue, bezahlbare Wohnungen für einkommensschwache Menschen. Hier gilt es, Bauvorhaben auf den Weg zu bringen und noch 2016 mit der Umsetzung zu beginnen. Dass der Großteil der Flüchtlinge auf zugewiesenen 8 Quadratmetern pro Person leben muss, ist menschenunwürdig und unseren Möglichkeiten nicht angemessen.

# Unsere Kandidatinnen und Kandidaten

- |  |                                       |
|--|---------------------------------------|
| 1. Mario Guglielmi<br>Mühltal              | 13. Claudia Wedemeyer<br>Babenhausen  |
| 2. Tanja Eick<br>Mühltal                   | 14. Thomas Frischkorn<br>Roßdorf      |
| 3. Ursula Schymanski<br>Mühltal            | 15. Heide Lore Huber<br>Babenhausen   |
| 4. Simon Wedemeyer<br>Babenhausen          | 16. Franz Fujara<br>Mühltal           |
| 5. Sima Kassaie<br>Mühltal                 | 17. Oskar Heine<br>Mühltal            |
| 6. Martin Deistler<br>Bickenbach           | 18. Konrad Büttner<br>Mühltal         |
| 7. Nicole Jarmer<br>Babenhausen            | 19. Roland Schier<br>Griesheim        |
| 8. Patrik Ebbers<br>Bickenbach             | 20. Werner Bischoff<br>Reinheim       |
| 9. Gabriele Schimmer-Leisterer<br>Mühltal  | 21. Richard Huber<br>Babenhausen      |
| 10. Ernst Hilmer<br>Griesheim              | 22. Ebi Habibi<br>Reinheim            |
| 11. Heike Deistler<br>Bickenbach           | 23. Herwig Meyer<br>Seeheim-Jugenheim |
| 12. Nikolaus Kreickenbaum<br>Ober-Ramstadt |                                       |

DIE LINKE kämpft auf allen Ebenen für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Bitte stärken Sie uns auch vor Ort in der Kommunalpolitik. Beteiligen Sie sich an der Kommunalwahl und stimmen Sie für

Liste 4 **DIE LINKE.**

Kommunalwahlen am 6. März 2016

# Für soziale Gerechtigkeit

**Umwelt erhalten und gestalten.**

**Für ein Recht auf Ausbildung.**

**Mehr Geld für den Kreis.**

**Schulpolitik ist mehr als Immobilienmanagement.**

**Freihandelsabkommen stoppen.**

**Mobilität ist Lebensqualität.**

**Gesundheitliche Versorgung sicherstellen.**

**Flüchtlinge anständig unterbringen.**

**DIE LINKE.**

[www.dielinke-darmstadt-dieburg.de](http://www.dielinke-darmstadt-dieburg.de)

V.i.S.d.P.: Tsnjs Eick, Karlstr. 27, 64367 Mühltal

**Kurzwahlprogramm  
der LINKEN. Darmstadt-Dieburg**

**Liste 4  
wählen!**

## **Umwelt erhalten und gestalten - Standards in der Daseinsvorsorge verteidigen**

Der Schutz der Umwelt ist nicht mehr nur eine Frage des Wohlfühlens in der unmittelbaren Umgebung. Der Umgang mit den natürlichen Ressourcen ist zur Überlebensfrage der Menschheit geworden. Eine gesicherte Daseinsvorsorge und die Entwicklung besserer Standards in der Versorgung mit Lebensmitteln, Luft und Wasser sind Inbegriff unseres Verständnisses von Lebensqualität.

Wir, DIE LINKE im Kreis Darmstadt-Dieburg, setzen uns ein

- dass der Flächenverbrauch und das Versiegeln der Landschaft durch Straßen, Parkplätze oder unnötige Bebauung reduziert wird.
- dass dem öffentlichen Nahverkehr gegenüber dem Individualverkehr absolut Vorrang eingeräumt wird.
- dass die Pläne zum autobahnmäßigen Ausbau der B 26 endgültig gestoppt werden.
- dass sich der Kreis Darmstadt-Dieburg zum gentechnikfreien Landkreis erklärt und entsprechende Standards einhält.
- für einen verbesserten Gewässerschutz. Um Überdüngung der Felder (Nitrat-Einleitung) zu verhindern, bedarf es besserer Kontrollen. Wir fordern das Verbot des krebserregenden Pflanzenschutzmittels Glyphosat.
- für ein uneingeschränktes Nachtflugverbot am Flughafen Frankfurt zwischen 22 und 6 Uhr.

## **Jugendliche haben ein Recht auf Ausbildung**

Eine gute Ausbildung für junge Menschen ist die Voraussetzung für ein Leben in Würde und für Teilhabe am öffentlichen Leben. Gelebte Solidarität im Arbeitsleben steht im Gegensatz zu der kapitalistischen Ideologie der Konkurrenz aller gegen alle, ohne soziale und ökologische Verantwortung.

Noch immer verbleiben im Kreis Darmstadt-Dieburg jedes Jahr hunderte von Jugendlichen ohne Berufsausbildung – und das trotz des vielzitierten „Fachkräftemangels“. Ausbildungsplätze fehlen, um den Jugendlichen die Möglichkeit einer Berufswahl zu geben, die ihren Fähigkeiten und Neigungen entspricht.

Wir, DIE LINKE, im Kreis Darmstadt-Dieburg, setzen uns ein

- für mehr professionell begleitete Praktika an den allgemeinbildenden Schulen und bessere Berufsberatung.
- zusammen mit Gewerkschaften und Betrieben für eine Initiative, im Kreis mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Denkbar ist eine Ausbildungsumlage, um Betriebe, die ausbilden, finanziell entlasten zu können.
- für die Bevorzugung von Firmen, die ausbilden, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.
- dass Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, die Möglichkeit erhalten, eine vollschulische Berufsausbildung an Berufsschulen oder freien Trägern zu absolvieren.
- für Förderklassen an Berufsschulen und besondere Deutschkurse zur Eingliederung in das Berufsleben für Jugendliche, die aus ihrem Heimatland fliehen mussten.

## **Mehr Geld für den Kreis**

Nach dem Grundgesetz haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Dieses Recht existiert heute faktisch nicht mehr. Städte und Gemeinden werden finanziell ausgeblutet.

DIE LINKE steht für die Stärkung der kommunalen und regionalen Finanzmöglichkeiten und setzt sich gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung der öffentlichen Aufgaben ein. Wir wollen eine hohe Lebensqualität für Alle ermöglichen. Dazu gehören: gut ausgestattete Schulen, Betreuung von Älteren, lokale und gute Krankenversorgung, Wasser- und Energieversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, die Sicherung von Mobilität, ein Bildungs- und Kulturangebot, Sportanlagen und Schwimmbäder, sowie der seit Jahren vernachlässigte Wohnungsbau.

Wir setzen uns ein

- für die Stärkung der kommunalen Finanzmöglichkeiten.
- für mehr Vorsorge für Erwerbslose, Benachteiligte und Flüchtlinge.
- gegen die Privatisierung der öffentlichen Aufgaben.
- für mehr Personal im Kreishaus und in den kreiseigenen Einrichtungen.

## **Freihandelsabkommen mit USA und Kanada stoppen!**

Wir wollen im Kreistag Anträge gegen Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA einbringen und das Thema auf die Tagesordnung der kommunalpolitischen Debatten setzen. Ernährungs- und Umweltstandards, unsere Arbeitsschutzrechte und die kommunale Kulturförderung können von Konzernen als „Handelshemmnisse“ erklärt werden. Kommunen müssten sich einer Schiedsgerichtsbarkeit außerhalb der öffentlichen und demokratischen Rechtsprechung unterwerfen.

Die Abkommen sehen eine weitere Marktöffnung und Liberalisierung der öffentlichen Leistungen wie Abwasser, kommunaler Nahverkehr, Gesundheit und soziale Dienste vor und würden die Kommunen zur Ausschreibung ihrer Dienstleistungen zwingen. Die Verträge beinhalten Regelungen, die einmal vollzogene Privatisierungen für alle Zeiten festschreiben und sie unumkehrbar machen. Dies muss gestoppt werden!

Wir, DIE LINKE im Kreisverband Darmstadt-Dieburg, sind Mitglied im regionalen Bündnis „Stoppt TTIP & Co“, in dem wir uns mit anderen Gruppen und Vereinen dagegen zur Wehr setzen, dass unsere erkämpften Standards in der Daseinsvorsorge zunichte gemacht werden.

## **Kommunale Schulpolitik ist mehr als Immobilienmanagement**

DIE LINKE fordert Schulen, in denen Kinder möglichst lange gemeinsam lernen. In der Schullandschaft Darmstadt-Dieburg erfüllte lange Zeit nur eine einzige Integrierte Gesamtschule (IGS) diese Forderung. Immerhin sind durch die Umwandlung bestehender Schulen zwei weitere IGS hinzugekommen. So positiv dieser Trend auch ist, die Versorgung mit IGS im Landkreis ist noch lange nicht ausreichend, um die gestiegene

Nachfrage nach Schulangeboten mit gemeinsamem Lernen für alle Kinder zu decken. Der Kreis muss als Schulträger nicht nur für die notwendigen Räumlichkeiten sorgen, sondern auch für ein Schulangebot, das für Kinder eine wirkliche Auswahl zwischen den Schulformen, unabhängig von ihrem Wohnort, ermöglicht.

Besonders im Berufsschulbereich zeigt sich, dass sich der Kreis weniger als Schulträger denn als Schulimmobilienmanager versteht. Unter dem Spardiktat der Schuldenbremse haben unsere Kreisverwaltung und die Stadt Darmstadt Planspiele zur Umgestaltung des Berufsschulangebots durchgeführt. Ziel war es, Immobilienkosten der Berufsschulen einzusparen. Bestehende Schulen als pädagogische und soziale Institutionen spielten dabei genauso wenig eine Rolle wie die Frage nach den zusätzlichen Beförderungsaufwänden, die auf die betroffenen Berufsschüler\_innen zukämen.

DIE LINKE fordert

- die Gestaltung einer Schullandschaft durch den Kreis, die eine wirkliche Auswahl unter allen weiterführenden Schulformen ermöglicht.
- die Gestaltung von Schulräumlichkeiten muss den pädagogischen Anforderungen folgen.
- bei der Umgestaltung des Berufsschulangebotes sind die betroffenen Schüler\_innen und Lehrer\_innen einzubeziehen.
- eine flächendeckende Nachmittagsbetreuung, die in die pädagogischen Konzepte der Schulen integriert ist und die eine Entwicklung zur Ganztagschule vorantreibt.
- kostenloses Schülerticket von Klasse 1 bis 13 und für Berufsschüler\_innen.

## **Mobilität ist Lebensqualität**

Mobilität muss für alle Einwohner\_innen des Landkreises gesichert werden, nicht nur für Autofahrer\_innen. Öffentliche Verkehrsmittel sind besonders für Jugendliche, Ältere und sozial Benachteiligte von großer Nützlichkeit und dürfen weder privatisiert noch kaputtgespart werden. Deshalb ist dem Ausbau der Bus- und Bahnverbindungen Vorfahrt zu geben. Die Tarife im Nahverkehr sind für alle bezahlbar zu halten. Statt noch mehr Geld an unsinnigen Straßenbau-Projekten zu verschwenden, sollten die Finanzmittel für die Stärkung des ÖPNV mit mehr Personal und in neue Verbindungen investiert werden. Der Landkreis und die Stadt Darmstadt müssen weiterhin in eine gemeinsame Verkehrsplanung entwickeln.

Fahrradfahren ist ökologisch sinnvoll und gesund. Viele Fahrradwege im Landkreis befinden sich aber in einem schlechten Zustand. Häufig werden Radfahrende auf der Autospur gedrängt, beiderseitige Gefährdungen sind die Folge. Sichere und in alle Richtungen zu befahrende Fahrradwege sind deshalb dringend herzustellen oder zu verbessern.

Verkehrsberuhigte Zonen und Tempo 30 innerorts sind ebenfalls wichtig. Lastwagen sind für die Versorgung der ländlichen Orte zwar notwendig, der Transport vieler Güter könnte dennoch von der Straße auf die Bahn verlagert werden. Der momentan